

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

---

Freitag, 13. Juli 1956

Blatt 1405

Geehrte Redaktion!

=====

In der letzten Zeit hat sich die Öffentlichkeit stark mit einer "geheimnisvollen Babykrankheit" beschäftigt, die mehrere Todesopfer gefordert hat. Der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger, will nun zu den verschiedenen Berichten Stellung nehmen. Aus diesem Grund findet Mittwoch, den 18. Juli, eine Presseführung durch das Gottfried von Preyersche Kinderspital statt, bei der unter anderem auch die modernste Frühgeburtenstation Europas besichtigt werden wird. Abfahrt mit Autobus um 14 Uhr vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse.

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

- - -

Hessischer Ministerpräsident besucht Wien  
=====

13. Juli (RK) Auf Einladung der Stadt Wien wird nächste Woche der hessische Ministerpräsident Dr. h. c. Zinn zu einem mehrtägigen Besuch in Wien eintreffen. Der Ministerpräsident wird von seiner Frau und Staatssekretär Bech mit dessen Gattin sowie von Ministerialdirigent Bartsch begleitet werden.

Die Ankunft des Gastes aus Deutschland erfolgt Dienstag, den 17. Juli, um 15.40 Uhr, auf dem Schwechater Flugfeld. Am Mittwoch, den 18. Juli, wird der hessische Ministerpräsident vormittag Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus einen Besuch abstatten. Anschließend wird er Vizekanzler Dr. Schärf, Staatssekretär Dr. Kreisky und Staatssekretär Dr. Gschnitzer im Parlament besuchen. Zu Mittag ist ein Besuch bei Unterrichtsminister Dr. Drimmel vorgesehen. Am Nachmittag wird der hessische Ministerpräsident mit seiner Begleitung das historische Wien besichtigen und am Abend einige Filme über Wien kennenlernen. Am Donnerstag, den 19. Juli, ist vormittag eine Rundfahrt durch die Wiener Erholungsgebiete auf dem Programm. Zu Mittag gibt Bürgermeister Jonas für seinen Gast einen Empfang in den Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses. Am Nachmittag wird Ministerpräsident Dr. h. c. Zinn das neue Wien gezeigt werden. Am Abend wird der hohe Gast im Redoutensaal "Wiener Blut" sehen. Freitag, den 20. Juli, will Dr. Zinn Wiener Sportstätten kennenlernen, am Abend wird er das Theater in der Josefstadt besuchen.

- - -

Kranz der Stadt Wien für Mizzi Zwerenz  
=====

13. Juli (RK) Heute wurde anlässlich des 75. Geburtstages der Operettensoubrette Mizzi Zwerenz auf ihrem Grab im Hietzinger Friedhof ein Kranz der Stadt Wien niedergelegt.

- - -

Wiener Sommerprogramm 1956  
 =====

Sonntag, 15. Juli:

Theater:

Volksoper: Cole Porter: "Kiss me, Kate"

Volkstheater: Peter Blackmore: "Miranda"

Theater in der Josefstadt: Gilbert, Sauvajon und Wendt:  
 "Politik und Liebe"

Raimundtheater: "Paris bei Nacht" - (Gastspiel der weltberühmten  
 Revue "Lido" - Paris)

Musik:

Konzerte an historischen Stätten

16.30 Uhr Heiligenstädter Pfarrplatz (bei Schlechtwetter im  
 Konzertsaal "Zur Rose", 19, Nußdorfer Platz 8):  
Orchesterkonzert. Werke von Haydn, Mozart, Beethoven  
 und Respighi.  
 Es spielt das Kammerorchester der Wiener Konzerthaus-  
 gesellschaft. Dirigent: Franz Litschauer.

16.30 bis 19.30 Uhr und 20 bis 22.30 Uhr Wiener Musik im Kur-  
 salon, Stadtpark: Salonorchester unter der Leitung  
 von Kapellmeister Josef Weihovsky.

Ausstellungen:

"Querschnitt 1956". Wiener Secession, 1, Friedrichstraße 12,  
 9 bis 13 Uhr.

"F.A. Maulbertsch und die österreichische Barockkunst im Jahr-  
 hundert Mozarts". Albertina, 1, Augustinerstraße 1,  
 10 bis 12 Uhr.

"Wiener Malerei und Sonderschau Oskar Kokoschka". Historisches  
 Museum der Stadt Wien, 1, Neues Rathaus, 9 bis 13 Uhr.

"Römische Ruinenstätte", 1, Hoher Markt 3, 9 bis 13 Uhr.

"Schubert-Museum", 9, Nußdorfer Straße 54, 9 bis 13 Uhr.

"Schuberts Sterbezimmer". 4, Kettenbrückengasse 6, 9 bis 13 Uhr.

"Haydn-Museum". 6, Haydngasse 19, 9-13 Uhr.

- Erinnerungsraum". 1, Domgasse 5, 9 bis 13 Uhr.
- "Beethoven-Erinnerungsraum". 1, Mölker Bastei 8, 9 bis 13 Uhr.
- "Stifter-Museum", 1, Mölker Bastei 8, 9 bis 13 Uhr.
- "Weltliche und Geistliche Schatzkammer". Hofburg, Schweizerhof, Säulenstiege 9 bis 13 und 14 bis 17 Uhr.
- "Kunsthistorisches Museum". 1, Maria Theresien-Platz, 9 bis 13 Uhr.
- "Österreichisches Museum für Völkerkunde". 1, Neue Burg, Heldenplatz, 9 bis 13 Uhr.
- Naturhistorisches Museum. 1, Maria Theresien-Platz, 9 bis 13 Uhr.
- Waffensammlung - Sammlung alter Musikinstrumente, Museum österreichischer Kultur, 1, Neue Burg, Heldenplatz, 9 bis 13 und 14 bis 16 Uhr.
- Niederösterreichisches Landesmuseum, 1, Herrngasse 9, 9 bis 13 Uhr.
- "Europäisches und asiatisches Kunstgewerbe". 1, Stubenring 5, Österreichisches Museum für angewandte Kunst, 9 bis 13 Uhr.
- "Mozart - Werk und Zeit". 1, Josefsplatz 1, Österreichische Nationalbibliothek, Prunksaal, 10 bis 13 Uhr.
- "Plastiken im Stadtpark". Freilichtausstellung, 3, Stadtpark, Wientalpromenade.
- "Heeresgeschichtliches Museum". 3, Arsenal, 10 bis 19 Uhr.
- "Museum mittelalterlicher österreichischer Kunst".
- "Österreichisches Barockmuseum". 3, Rennweg 4 und 4a, Österreichische Galerie, Unteres Belvedere, 10 bis 13 Uhr.
- "Österreichische Galerie des 19. und 20. Jahrhunderts". 3, Prinz Eugen-Straße 27, Oberes Belvedere, 10 bis 18 Uhr.
- "Johann Peter Krafft - 1780 bis 1856". 3, Prinz Eugen-Straße 27, Österreichische Galerie, Oberes Belvedere, 10 bis 18 Uhr.
- Wagenburg. 13, Schloß Schönbrunn, 10 bis 17 Uhr.
- Technisches Museum. 14, Mariahilfer Straße 212, 9 bis 13 Uhr.

Montag, 16. Juli:Theater:

Volkstheater: Peter Blackemore: "Miranda"

Theater in der Josefstadt: Gilbert, Sauvajon und Wendt:  
"Politik und Liebe"

Raimundtheater: "Paris bei Nacht" - (Gastspiel der weltberühmten  
Revue "Lido"-Paris)

Musik:

16.30 bis 19.30 Uhr und 20.00 bis 22.30 Uhr Wiener Musik im  
Kursalon, Stadtpark: Salonorchester unter der Leitung  
von Kapellmeister Josef Weihovsky.

17 Uhr, Oberer Belvedere-Garten (bei Schlechtwetter am Dienstag):  
Wiener Konzertorchester, Dirigent Otto Wacek:  
Carl Millöcker: Ouverture zur Operette "Der Bettel-  
student"

W.A. Mozart: Türkischer Marsch

Ernst Urbach: Fantasie über Melodien von Jacques  
Offenbach

Moritz Moszhovski: Serenata

F. Volpatti: Los Banderizeros, Spanischer Marsch

Johann Strauß: Künstlerleben, Walzer

Franz Jecha: Der Kuli tanzt, Charakterstück

Max Schönherr: Allerhand vom Donaustrand, Wiener  
Potpourri

Otto Wacek: Mann an Bord, Marine-Marsch

Ausstellungen:

"Querschnitt 1956". Wiener Secession, 1, Friedrichstraße 12,  
9 bis 17 Uhr.

"F.A. Maulbertsch und die österreichische Barockkunst im Jahr-  
hundert Mozarts". Albertina, 1, Augustinerstraße 1,  
10 bis 14 Uhr.

"Weltliche und Geistliche Schatzkammer", Hofburg, Schweizerhof,  
Säulenstiege, 9.30 bis 15 Uhr.

"Österreichisches Museum für Völkerkunde", 1, Neue Burg, Heldenplatz,  
10 bis 13 Uhr.

"Naturhistorisches Museum", 1, Maria Theresien-Platz, 9 bis 13 Uhr.

13. Juli 1956

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1410

"Waffensammlung - Sammlung alter Musikinstrumente, Museum  
österr. Kultur", 1, Neue Burg, Heldenplatz, 10 bis 13 Uhr.

"Mozart - Werk und Zeit", 1, Josefsplatz 1, Österreichische  
Nationalbibliothek, Prunksaal, 10 bis 18 Uhr.

"Plastiken im Stadtpark" - Freilichtausstellung, 3, Stadtpark,  
Wientalpromenade

"Heeresgeschichtliches Museum", 3, Arsenal, 10 bis 13 Uhr.

"Wagenburg", 13, Schloß Schönbrunn, 10 bis 17 Uhr.

- - -

## Wiener Landtag

=====

13. Juli (FK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag zusammen. Zunächst wurden zwei Mitglieder des Bundesrates neu gewählt. Bundesrat Hans Riemer hat nach seiner Wahl zum Amtsführenden Stadtrat sein Mandat mit 5. Juli zurückgelegt und Bundesrat Franz Schulz ist am 25. März gestorben. Die SPÖ schlug Dr. Fritz Koubek und Hella Hanzlik als Nachfolger vor. Der Wiener Landtag erteilte einstimmig die Zustimmung zu diesem Vorschlag.

Vor Eingang in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß er das Blindenbeihilfegesetz von der Tagesordnung absetze. Der Entwurf des Wiener Landesgesetzes über die Blindenbeihilfe sieht vor, daß für die Gewährung dieser Unterstützung eine Einkommensgrenze eingehalten werden muß. Sie wurde mit 1.500 Schilling für den Unterstützungsberechtigten festgesetzt. Nun haben einige Bundesländer, vor allem Steiermark, bereits im Landtag diese Einkommensgrenze fallen gelassen und allen Zivilblinden die monatliche Unterstützung gewährt. Die Absetzung des Gesetzentwurfes erfolgte mit Rücksicht auf eine Intervention und auf Wunsch der Organisation der Blinden.

Als erster Punkt wurde die Gesetzesvorlage, betreffend das Verhältnis der öffentlichen Fürsorge zur Altersunterstützung der Kammer der gewerblichen Wirtschaft behandelt. Den Bericht erstattete Landeshauptmann-Stellvertreter Honay. Wie er ausführte, enthält das Handelskammer-Altersunterstützungsgesetz Grundsatzbestimmungen, die einer Ausführungsgesetzgebung der Länder bedürfen. Der Entwurf eines solchen Gesetzes für das Land Wien wird hiemit zur Beschlußfassung vorgelegt. Dadurch soll das Verhältnis der Altersunterstützung der Kammer der gewerblichen Wirtschaft zur öffentlichen Fürsorge geregelt werden.

Der Referent erläuterte dann die einzelnen Paragraphen des Gesetzes, in denen unter anderen die gegenseitige Amtshilfe, das Ausmaß der Fürsorgeleistungen, die Geltendmachung des Anspruches und die Anerkennung der Hilfsbedürftigkeit bestimmt wird. Ferner

behandelt das Gesetz die Durchführung von Änderungen der wirtschaftlichen oder familiären Verhältnisse der Unterstützungsempfänger und die Verrechnung der Leistungen der öffentlichen Fürsorge. Das Gesetz soll rückwirkend mit 1. Jänner 1956 in Kraft treten. Abschließend stellte der Referent den Antrag, die Gesetzesvorlage zum Beschluß zu erheben.

Abg. Lauscher (VO) verweist darauf, daß seine Partei bereits im Parlament gegen das unzulängliche Grundsatzgesetz gestimmt habe und seine Fraktion daher auch nicht den Ausführungsbestimmungen ihre Zustimmung geben kann. Die Regierungsparteien seien bei der Beschlußfassung des Grundsatzgesetzes der Lösung des Problems, für die selbständig Gewerbetreibenden eine echte Altersversorgung zu schaffen, aus dem Weg gegangen. Das Gesetz ist für die Gewerbetreibenden unbefriedigend. Die Gewerbetreibenden wünschen und brauchen eine Altersversicherung, auf deren Leistungen sie einen unbedingten Rechtsanspruch haben, es ist aber bei den Kammerpräsidenten geblieben. Wir lehnen die Gesetzesvorlage ab.

Berichterstatter Landeshauptmann-Stellvertreter Honay (SPÖ) verweist in seinem Schlußwort darauf, daß es nicht Aufgabe des Wiener Landtages ist, festzustellen, ob das Grundsatzgesetz, auf Grund dessen die Ausführungsbestimmungen geschaffen werden, gut oder schlecht ist, worauf die Vorlage gegen die Stimmen des Linksblocks angenommen wird.

Über die Gesetzesvorlage zur Ausführung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes berichtet Landeshauptmann-Stellvertreter Weinberger (ÖVP). Er kommt in dem Zusammenhang auf verschiedene Wünsche von privaten Krankenanstalten zu sprechen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Stadt Wien ihnen bei ihrer Tätigkeit so weit wie möglich hilft. Bei der angespannten Bettenlage, so sagte er, sollten wir sehr froh sein, wenn sich auch private Verbände der Betreuung erkrankter Mitbürger annehmen, und es ist daher berechtigt und richtig, daß wir die Interessen dieser privaten Anstalten und Verbände nach Möglichkeit fördern.

Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte unter Berücksichtigung einer kleinen textlichen Änderung einstimmig zum Beschluß erhoben.

Sodann wird einem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Bucher (ÖVP) wegen Verdachtes der Übertretung nach § 19, Abs. 2, Pressegesetz, entsprechend dem Bericht des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Hengl (ÖVP) Folge gegeben.

Den Bericht über das Betriebsaktionen-Verbotsgesetz erstattete Stadtrat Afritsch (SPÖ). Durch eine Gewerberechtsnovelle wurden im Jahre 1952 die in der ersten Nachkriegszeit vielfach aufgetretenen und von der befugten Kaufmannschaft als schädigend empfundenen sogenannten Betriebsaktionen unter Strafe gestellt. Nach einem Einschreiten der Vorarlberger Landesregierung hat der Verfassungsgerichtshof erkannt, daß diese Materie nach dem Bundes-Verfassungsgesetz den Bundesländern überlassen ist. In Wien drängten nun die Interessenvertretungen des Gewerbes, insbesondere die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien und der Freie Wirtschaftsverband Österreichs auf ein Landesgesetz, das die Betriebsaktionen unterbindet. In diesem Gesetz wird nun das Verbot von Betriebsaktionen für alle Waren ausgesprochen. Gefälligkeitsdienste werden selbstverständlich auch künftighin keinem Strafverfahren unterworfen werden. Die unentgeltliche Warenabgabe zu caritativen Zwecken und die Abgabe von Warenbeständen aus dem Unternehmen des Dienstgebers an die Dienstnehmer zur Deckung ihres persönlichen Bedarfes wird gleichfalls nicht bestraft werden. Dagegen sieht das Gesetz vor, daß auch jene Personen, die Waren zum Zwecke der Durchführung von Betriebsaktionen abgeben, derselben Strafe unterworfen sind, die den Durchführer der Betriebsaktionen selbst zu treffen hat.

Abg. Dr. Soswinski (VO) spricht sich gegen ein generelles Verbot aus, wie es durch den vorliegenden Gesetzentwurf beschlossen werden soll. Ein derartiges Verbot treffe gerade die arbeitenden Menschen mit einem geringen Reallohn, die nun weder verbilligte Kohlen noch sonstige Begünstigungen erhalten können. Es hätte zum Beispiel eine zeitliche Einschränkung von Betriebsaktionen, oder eine Beschränkung in der Menge usw. sicherlich auch genügt. Der vorliegende Entwurf löst in keiner Weise die Probleme des Kleinhandels. Die Mehrheit dieses Hauses beschließe das Gesetz anscheinend nur unter Druck. Seine ./.

Fraktion werde sich diesem Druck nicht beugen und daher gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Dr. Wollinger (ÖVP) stellt mit Genugtuung fest, daß es den Bemühungen seiner Fraktion gelungen sei, dem heutigen Landtag diesen Gesetzentwurf vorzulegen. Er spricht von den langwierigen Verhandlungen und Bemühungen der wirtschaftlichen Interessenverbände, der Handelskammer und des Wirtschaftsbundes, die endlich zu einem Ergebnis geführt haben. Durch das Fehlen eines derartigen Gesetzes war die Existenz vieler Kleingewerbetreibender immer mehr untergraben worden. Der Redner bedauert es, daß trotz wiederholter Anträge seiner Fraktion, die seit einem Jahr immer wieder gestellt wurden, es erst heute zu einer Regelung kommt. Die Betriebsaktionen ermöglichten es einzelnen Firmen, ohne Lager, ohne Kredit- und Qualitätsrisiko zu arbeiten. Die Kosten der Verteilung bei solchen Aktionen hatten die Betriebe zu tragen, die sie aber wiederum in die Preise ihrer Waren einkalkulierten. Es ergibt sich daraus die Tatsache, daß die Allgemeinheit das zu bezahlen hatte, was in Form sogenannter Betriebsaktionen einzelnen wenigen an Begünstigungen zugutekam. Dies ist ein unmoralischer und unrichtiger Zustand, der vom Standpunkt der Gleichheit der Staatsbürger nicht tragbar ist. Die derzeitige Fassung des Gesetzes wurde von den verschiedensten Stellen begutachtet und diskutiert, sodaß nunmehr die Gewähr gegeben scheint, daß es in sachlicher Hinsicht tatsächlich entspricht. Das Strafausmaß von 3.000 Schilling und Arrest von drei Wochen entspricht nicht den üblichen Relationen, doch ist es nicht so wichtig, wie hoch das Strafausmaß ist. Wichtig ist, daß die Aktionen verboten werden. Die Initiative zur Erlassung eines derartigen Gesetzes sei nicht zuletzt von Seiten des Wirtschaftsbundes und den ÖVP-Interessenvertretungen ausgegangen. Die sozialistische Fraktion könne daher nicht den Ruhm in Anspruch nehmen, daß sie die Initiatorin dieses Gesetzes gewesen sei. Die Ausführungen des Abg. Dr. Soswinski müsse man zurückweisen, wenn man den Kampf gerade der Kleinkaufleute in den letzten Jahren miterlebt hat und gesehen hat, unter welchen Schwierigkeiten der Einzelhandel zu leiden hatte. Es ist zu hoffen, daß das Gesetz nach seinem Inkrafttreten auch von den Behörden entsprechend angewendet wird. Es wäre ein Irrtum zu

glauben, daß eine freie Wirtschaft eine großzügige Tolerierung derartiger Verkaufsaktionen bedeute. Eine freie Wirtschaft kann nur dann funktionieren, wenn Gewähr gegeben ist, daß allen Wirtschaftsträgern die gleichen Chancen gegeben werden im Existenzkampf zu bestehen. Eine gesunde Wirtschaft brauchen die Kleingewerbetreibenden und um diese zu erhalten und zu fördern soll der vorliegende Gesetzentwurf dienen.

Abg. Jodlbauer (SPÖ) stellt fest, daß dieses Problem der Betriebsaktionen die Kleinkaufmannschaft von ganz Österreich bereits seit 1950 bewegt. Diese Aktionen zeigten sich nach Kriegsende in allen Betrieben, Körperschaften, ja sogar staatlichen Ämtern. Sie entstanden durch den Mangel an verschiedenen Waren. Man sollte glauben, daß mit dem Aufhören dieses Mangels auch die Betriebsaktionen ein Ende finden würden. Dies war aber leider nicht der Fall. Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft versuchte zuerst dieses Problem kammerpolitisch zu lösen. Sie hat einige Male Aufrufe an ihre Mitglieder erlassen, in denen die Produzenten, Fabrikanten und Großhändler gebeten wurden, ihre Waren nur an Gewerberechtigte abzugeben. Diese Appelle zeitigten aber keinen Erfolg. Die Kammer war nicht im Stande, durch ihre Aufrufe diese Aktionen zu unterbinden. Es blieb also nichts anderes übrig, als zu versuchen, über ein Gesetz dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Zur selben Zeit, als im Parlament über ein derartiges Gesetz beschlossen wurde, sind in verschiedenen Ministerien, sogar im Handelsministerium, verschiedene Betriebsaktionen durchgeführt worden. So gab es im Handelsministerium ein ganzes Lager von Süßwaren. Auch in der Falkestraße ist zur selben Zeit eine solche Aktion unter dem Titel "Heiliger Martin" durchgeführt worden. Wenn man also der Wahrheit dienen will, soll man doch auch diese Dinge sehen. Man muß auch darauf verweisen, daß einige Bundesländer mit einer ÖVP-Landesregierung bis heute noch kein derartiges Gesetz beschlossen haben. Man kann also nicht sagen, daß die Sozialisten im Land Wien ein solches Gesetz aufhalten wollten. Es ist Tatsache, daß sofort, nachdem das Bundesgesetz aufgehoben wurde, der Freie Wirtschaftsverband an den Wiener Landeshauptmann wegen Schaffung eines Landesgesetzes herangetreten ist. Ein derartiges Gesetz muß aber genügend beraten und ver-

handelt werden, damit es dem Verlangen der Kaufmannschaft und des Gewerbes in jeder Weise gerecht wird. Es mußte auch im Gesetz festgehalten werden, daß nicht nur der, der die Aktionen durchführt, sondern auch der Lieferant bestraft wird. Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß im Rahmen dieses Gesetzes die Möglichkeit geschaffen wurde, allem Rechnung zu tragen. Das Urteil darüber, wer am Zustandekommen des Gesetzes tätig war, überlasse man gerne der Kleinkaufmannschaft. Der Sprecher der Österreichischen Volkspartei war kein Vertreter der Kleinkaufmannschaft, sondern ein Sekretär der Handelskammer. Es ging darum, hier ein Gesetz zu schaffen, das die kleinen Kaufleute vor den wirtschaftlich stärkeren in der gewerblichen Wirtschaft schützen soll. (Beifall bei der SPÖ.) Diese tausenden Menschen werden also hier zweifellos zu dem Urteil gelangen, daß in diesem Hause nach objektiven und sachlichen Überlegungen vorgegangen wird und wenn es so lange gedauert hat, ist dies nicht auf Böswilligkeit zurückzuführen. Man kann solche Probleme nur in objektiver und sachlicher Atmosphäre lösen. Seine Fraktion habe sich mit Erfolg bemüht, wie die heutige Vorlage beweist. Das Gesetz möge das halten, was alle wünschen, den Lebenskampf der kleinen Leute in dieser Stadt zu erleichtern. (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort meinte Stadtrat Afritsch, die Behandlung dieser Materie war deshalb besonders schwierig, weil nicht nur die Wünsche der Kleingewerbetreibenden zu beachten waren, sondern man auch Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter und Angestellten nehmen mußte. Es sei jedenfalls bedeutend schwerer gewesen, das Einvernehmen mit der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer herzustellen, als jeden Monat eine Anfrage oder einen Antrag einzubringen. Deshalb hat der Freie Wirtschaftsverband wirklich ein sehr hohes Verdienst um das Zustandekommen des Gesetzes, weil es bestimmt nicht leicht war, die Bedenken der Arbeiterkammer zu zerstreuen. Abschließend ersucht der Referent, dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu geben.

Bei der Abstimmung wird das Gesetz in erster und zweiter Lesung ohne die Stimmen der VO angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt: Präsident Marek schloß die Sitzung des Wiener Landtages.

## Wiener Gemeinderat

=====

13. Juli (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat im Anschluß an den Landtag zusammen. Es lagen vier Anfragen der VO und eine Anfrage der ÖVP vor. Ferner wurden folgende Anträge eingebracht: Von der ÖBP: betreffend "Modernisierung der gewerblichen Fortbildungsschule der Friscure", betreffend "Streichung, bzw. Herabsetzung des Zinsfußes der Kanaleinmündungsgebühr". Von der VO: betreffend "Mängel und Unzulänglichkeiten im Allgemeinen Krankenhaus". Die SPÖ hatte einen Antrag betreffend "Berücksichtigung der Stadt Wien bei der Verteilung der Counterpart-Mittel" eingebracht und die Verlesung verlangt. Die Verlesung wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung erfolgen. Die ÖVP hatte einen Antrag betreffend "die Gewährung von Krediten zur Modernisierung und zum Ausbau der Wiener Fremdenbeherbergungsbetriebe" eingebracht und die dringliche Behandlung verlangt. Darüber wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden. Schließlich brachte die ÖVP eine Anfrage betreffend "Einführung des Teilstreckentarifes in Wien" ein. Gleichzeitig wurde der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt. Darüber wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden.

Hierauf erfolgte auf Grund der neuen Satzung für die Wiener Städtische Versicherungsanstalt die Wahlen in den Aufsichtsrat. Von der SPÖ wurden gewählt: Stadtrat Leopold Thaller, Landtagspräsident Bruno Marek, Sektionschef Dipl.-Ing. Anton Schopf, Generaldirektor Kommerzialrat Viktor Hueber, Gemeinderat Kommerzialrat Walter Leibetseder und Gemeinderat a.D. Rudolf Wallner. Von der ÖVP wurden gewählt: Gemeinderat Franz Haim, Gemeinderat Ministerialrat Dr. Dipl.-Ing. Franz Hengl und Gemeinderat Wilhelm Schmied.

Stadtrat Thaller (SPÖ) referierte über die Vorbereitung des Wohnbauprogrammes der Jahre 1957 und 1958 sowie über die Sicherstellung der Mittel dafür. Wie der Berichtstatter ausführte, soll die Verbauung von 68 Baustellen in den verschiedenen Wiener Bezirken grundsätzlich beschlossen werden.

Auf diesen Baustellen werden voraussichtlich 5.300 Wohnungen entstehen. Der grundsätzliche Beschluß sei deshalb notwendig, weil man für die Vorarbeiten entsprechende Zeit brauche, um die Grundstücke freimachen zu können. Das Stadtbauamt soll ermächtigt werden, die zur Beschaffung der Baupläne und zur Freimachung der Grundstücke erforderlichen Maßnahmen unverzüglich einzuleiten. Das Stadtbauamt wird weiter ermächtigt, über den angegebenen Umfang hinaus zusätzliche Baustellen für das Wohnbauprogramm der Jahre 1957 und 1958 baureif vorzubereiten.

In der Debatte sprach GR.Dr. Soswinski (VO). Er gab grundsätzlich dem Bauprogramm seine Zustimmung, meinte jedoch, es sei auffallend, daß trotz den vielen Wohnungen, die die Gemeinde gebaut hat, die Zahl der Obdachlosen nicht kleiner geworden ist. Er weist auch darauf hin, daß die Stadt Wien bereits im Vorjahr ihr Wohnbauprogramm nicht ganz erfüllen konnte. Im weiteren beschäftigt sich der Redner mit der Beantwortung einer Anfrage der VO durch Stadtrat Thaller.

Abschließend fragte Dr. Soswinski, ob noch andere Baustellen vorgesehen sind, da die vom Referenten genannten 5.300 Wohnungen ja nur das Bauprogramm eines Jahres sein können.

In seinem Schlußwort verweist Stadtrat Thaller darauf, daß die Gemeinde wie auch das Baugewerbe und die Bauindustrie selbstverständlich versuchen, den Mangel an Arbeitern durch Technisierung zu ersetzen, und sowohl das Baugewerbe als auch die Bauindustrie sind außerordentlich gut mit Maschinen ausgerüstet. Aber wenn der Rohbau fertig ist, kann nicht mehr mit Maschinen, sondern nur mehr mit Fachleuten gearbeitet werden, und das ist der Punkt, wo auch die Technisierung nicht mehr zu helfen vermag. Wenn nicht alle für das Bauen veranschlagten Gelder verbraucht worden sind, so hat das seinen Grund darin, daß von 1951 bis 1954 durch die Typisierung und Normierung die Baukosten der Stadt trotz qualitativer Verbesserungen der Wohnungen ununterbrochen gesenkt wurden. Die im Wohnbau beschäftigten Herren setzen alles daran, die Baukosten immer möglichst zu verringern.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Genehmigung des Wohnbauprogrammes einstimmig angenommen.

Hierauf wird nach einem Referat des GR. Konir (SPÖ) dem

./.

Ankauf einer Liegenschaft in Unter-Meidling einhellig zugestimmt.

Es gelangt sodann der Antrag der GR. Marok, Sigmund, Dr. Stemmer und Genossen (SPÖ), betreffend die Berücksichtigung der Stadt Wien bei der Verteilung der Counterpart-Mittel, zur Verlesung. Die Antragsteller beziehen sich darin auf die vom Bundeskanzler bekanntgegebene Freigabe von 700 Millionen Schilling Counterpart-Mitteln durch die amerikanische Regierung und von 350 Millionen Schilling aus den Erlösen der Überschüßgüter und bringen ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß Wien in der Beteiligung bestenfalls nur bezüglich des Hotelgewerbes, nicht aber der Betriebe aller anderen Branchen einbezogen werden soll. Sie ersuchen den Bürgermeister, sofort bei der Bundesregierung mit allem Nachdruck die geeigneten Schritte einzuleiten, damit auch Wien bei der Zuteilung entsprechend beteiligt wird.

Der Antrag wird dem Magistrat zugewiesen.

Weiter gelangt der Antrag der GR. Dr. Fiedler, Römer und Genossen (ÖVP), betreffend die Gewährung von Krediten zur Modernisierung und zum Ausbau der Wiener Fremdenbeherbergungsbetriebe, zur Verhandlung, für dessen dringliche Behandlung sich GR. Dr. Fiedler einsetzt. Er vertritt die Ansicht, daß der durch Kongresse, die Wiener Festwochen und den Besuch ausländischer Delegationen in der letzten Zeit stark angestiegene Fremdenstrom nach Wien die Besprechung dieses Problems dringendst notwendig macht.

Dem Antrag wird die dringliche Behandlung zuerkannt, worauf GR. Dr. Fiedler in die Besprechung seines Antrages eingeht. Er weist darauf hin, daß die Kreditwerber auf dem Fremdenverkehrssektor vielfach nicht in der Lage sein werden, die Bedingungen zur Erlangung eines ERP-Kredites zu erfüllen, weil sie nicht instande sein werden, die geforderten 40 Prozent Eigenmittel beizustellen. Es wäre daher angebracht, daß die Gemeinde Wien zur erleichterten Aufbringung dieser Eigenmittel 30 Prozent der beantragten Kreditsumme zu einem begünstigten Zinssatz zur Verfügung stellt, umso mehr, als der steigende Fremdenverkehr der Finanzverwaltung der Stadt Wien erhöhte Einnahmen bringt. Mit einem solchen Beschluß würden wir der Stadt Wien helfen.

ihren Ruf als Metropole des internationalen Fremdenverkehrs nicht nur zu halten, sondern noch zu verstärken. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch dieser Antrag wird dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Es erfolgt sodann die Verlesung einer dringlichen Anfrage der GRo. Wollinger, Schwaiger, Skokan und Genossen (ÖVP), die an den Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, gerichtet ist und die Einführung eines Teilstreckentarifes in Wien betrifft. In Begründung der Anfrage stellt GR.Dr. Wollinger (ÖVP) fest, daß seit dem erstmaligen Einbringen einer derartigen Anfrage längere Zeit verstrichen ist, ohne daß der Gemeinderat eine konkrete Mitteilung erhalten hätte. Auch im zuständigen Ausschuß wurde noch nicht darüber diskutiert. Zweifellos ist aber der Kurzstreckentarif für die gesamte Bevölkerung von größtem Interesse und wird auch von ihr verlangt. Es wird hier wohl gewisse Schwierigkeiten geben. Da es sich aber um ein wichtiges Problem handle, möge der Gemeinderat der Anfrage die Dringlichkeit zuerkennen.

Bei der Abstimmung wurde der Anfrage die Dringlichkeit und somit die Besprechung einstimmig zuerkannt.

GR.Dr. Wollinger (ÖVP) stellt fest, daß es sich bei der Einführung des Kurzstreckentarifes um ein wichtiges und dringendes Verlangen der gesamten Wiener Bevölkerung handelt. Das komme schon darin zum Ausdruck, daß alle drei Parteien des Gemeinderates diesen Wunsch zum Ausdruck gebracht haben. Auch die Verkehrsenquete hat sich mit dem Problem des Teilstreckentarifes befaßt und in einer Empfehlung darauf hingewiesen, daß eine sachliche Untersuchung notwendig ist. Diese Untersuchungen müßten aber nun langsam zu Ende gehen. Der Kurzstreckentarif sei auch abgesehen von der Tarifgerechtigkeit im Interesse einer Frequenzsteigerung, die er sicherlich mit sich bringen würde, von Vorteil. Da nach der Tarifregulierung die Einnahmen der Verkehrsbetriebe zurückgegangen sind, wäre eine Frequenzsteigerung durch den Kurzstreckentarif auch im Interesse der Verkehrsbetriebe gelegen. Sicher wird eine Umstellung auf technische Schwierigkeiten stoßen, schon deswegen, weil die Fahrbetriebsmittel vielfach noch

nicht Friedenserfordernissen entsprechen. Zur Verkleinerung des Risikos könnte man vorerst einige Einschränkungen, wie zum Beispiel die Einführung nur für die Dauer der verkehrsschwachen Zeit, vornehmen. Alle diese Fragen müßten im zuständigen Ausschuß und später vor dem Plenum behandelt werden. Der Redner bittet abschließend Stadtrat Dkfm. Nathschläger um nähere Auskünfte und hofft, daß alle Anstrengungen zur Lösung dieses dringenden Problems unternommen werden.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) stellt fest, daß er die Ungeduld aller Fraktionen des Gemeinderates und auch der Bevölkerung verstehe und daher die gestellte Anfrage begrüße. Er müsse jedoch feststellen, daß bereits viele Verhandlungen und Beratungen über eine derartige Maßnahme durchgeführt wurden. Einen einheitlichen Tarif für Straßenbahn, Autobus und Stadtbahn haben die Unternehmungen vor allem aus technischen Gründen als nicht realisierbar bezeichnet, da ein Massenansturm der Straßenbahnfahrgäste auf die Autobusse einsetzen würde. Diesen Ansturm wäre der Autobusbetrieb aber nicht gewachsen. Es ist in Wien so, daß von neun Autobuslinien acht parallel mit Straßenbahnlinien verlaufen. Im Ausland sei dies ganz anders. Es müßte also, um ein einheitliches Tarifsystern herbeizuführen und den Ansturm auf die Autobusse zu verhindern, eine vollkommene Änderung des Wiener Autobusnetzes erfolgen. Dies würde natürlich bedeutende Schwierigkeiten verursachen. Die Vorschläge zur Schaffung eines Kurzstreckentarifos wurden jedoch bereits ausgearbeitet. Es wurden darüber auch schon Besprechungen mit Stadtrat Resch und den zuständigen Stellen gepflogen und auch Gegenvorschläge ausgearbeitet. Zur Erstellung dieser Vorschläge mußten aber viele Zahlen und viel Material beschafft werden, was natürlich auch Zeit in Anspruch genommen hat und nicht immer ganz leicht war. Er nehme gerne zur Kenntnis, daß es der Wunsch aller drei Parteien ist, einen Kurzstreckentarif in Wien zu schaffen. Es sei durchaus gerecht, daß derjenige, der weniger Leistungen in Anspruch nimmt, weniger zu bezahlen hat und der, der mehr Leistungen in Anspruch nimmt, eben mehr zu bezahlen hat. Dr. Wollinger habe bereits darauf verwiesen, daß ein Rückgang in der Frequenz der Verkehrsmittel zu verzeichnen

ist und daher der Kurzstreckentarif auch als Anreiz zur Benützung der Verkehrsmittel geschaffen werden soll. Die Frequenz auf Straßenbahn und Stadtbahn betrug in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 197,9 Millionen Fahrgäste, im Erfolgsplan 1956 waren für die gleiche Zeit 204,1 Millionen Fahrgäste vorgesehen. Laut Erfolgsrechnung 1955 haben in den ersten fünf Monaten des Vorjahres 215,8 Millionen Fahrgäste die Straßenbahnen und Stadtbahn benützt. Es ist also ein Rückgang eingetreten, der mehr als acht Prozent ausmacht, während der Rückgang gegenüber den Ansätzen des Voranschlages immerhin 3.3 Prozent ausmacht.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger beleuchtete dann im einzelnen eine Reihe von Umständen, die bei der Einführung des Kurzstreckentarifes mitspielen und berücksichtigt werden müssen. So erwächst dem Unternehmen durch die Neuregelung der Bezüge eine Mehrausgabe von 45,7 Millionen Schilling, die bei der Aufstellung des Budgets nicht berücksichtigt werden konnte. Die Verkehrsbetriebe fürchten auch, daß bei der Einführung des Kurzstreckentarifes wie vor 1938 die Einnahmen nicht steigen werden. Dazu kommt die Entwicklung auf dem Gebiete der Wochenkarten. Die Zahl der Wochenkartenfahrer hat sich 1955 gegenüber 1937 vervierfacht. Auch der durchschnittliche Erlös pro Fahrgast, der mit 1.30 Schilling angenommen wurde, ist geringer geworden. Wir halten gegenwärtig bei einem durchschnittlichen Erlös von 1.23 Schilling. Durch den Frequenzrückgang und die Erlösminderung erwartet man für 1956 Mindereinnahmen von 50 Millionen Schilling. Dazu kommen, wie schon erwähnt, 45,7 Millionen an Lohn- und Gehaltserhöhungen. Auf der anderen Seite müssen die Verkehrsbetriebe noch immer die Gebrauchsgebühren bezahlen und die Kosten für Straßenverbesserungen mittragen. Der Tarif hätte bereits im März dieses Jahres um 19 Prozent erhöht werden müssen, um die Gesamtkosten zu decken.

Die Begünstigungen tragen ebenfalls zu einem großen Einnahmefall bei. 197 Millionen Schilling beträgt der Ausfall durch Wochenkarten, Schülerkarten usw. und 60 Millionen Schilling ist der Ausfall durch die Beförderung Kriegsbeschädigter, Arbeitsloser, der Polizei usw. Das sind zusammen 257 Millionen Schilling.

Wir sind alle sehr stolz auf die Leistungen der Städtischen Unternehmungen seit 1945. Aber die Investitionen, die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ungefähr drei Milliarden Schilling ausmachen, wurden mit Ausnahme eines Kredites von 80 Millionen zur Gänze aus den laufenden Einnahmen gedeckt. Der Stadtrat verwies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit, den Anleiheweg zu beschreiten. Er erwähnte weiter, wenn man auf dem Prinzip der Kostendeckung stehe, so müsse auch die Stadtverwaltung für die öffentliche Beleuchtung die tatsächlich auflaufenden Kosten bezahlen. Hier beträgt der Verlust für die E- und Gaswerke 30 Millionen Schilling.

Abschließend bemerkte Stadtrat Dkfm. Nathschläger, daß er trotz allen Schwierigkeiten auf dem Standpunkt stehe, der Kurzstreckentarif müsse in Wien eingeführt werden. Die internen Verhandlungen sind augenblicklich auf einem Endpunkt angelangt. Es liegen zwei konkrete Vorschläge vor. Die beiden großen Parteien werden nun das nächste Wort zu sprechen haben. Er selbst werde auch weiterhin verantwortungsbewußt an der Realisierung der Wünsche arbeiten, die ihm vom Wiener Gemeinderat übermittelt worden. Er bitte dabei jedoch nicht nur um Unterstützung, sondern auch um Verständnis. (Beifall bei der ÖVP.)

GR.Dr. Soswinski (VO) erklärt: Wenn man bei Verlesung der Anfrage noch meinen konnte, es gehe entscheidend um den Kurzstreckentarif, so hat die Anfragebeantwortung gezeigt, daß es hier um etwas ganz anderes geht, um den Beginn einer Tarifierhöhung, der man andere Formen zu geben wünscht, weil man die Rückwirkung auf die Bevölkerung, die man im vergangenen Jahr gesehen und im heurigen Jahr vielleicht gespürt hat, von vornherein vermeiden will. Es ist doch deutlich ausgesprochen worden: es wird wahrscheinlich zum Kurzstreckentarif kommen. Aber 90 Prozent der Ausführungen des Herrn Amtsführenden Stadtrates haben doch gelautet: die Tarife sollen erhöht werden!

Der Grundsatz, daß die Betriebe keinen Goldklumpen abwerfen müssen, sondern nur das erbringen müssen, was sie kosten, war ein Fortschritt, doch ist dieser Grundsatz heute wahrscheinlich nicht mehr aufrechtzuerhalten. Das Verkehrsbedürfnis ist durch die Ent-

wicklung der Städte gestiegen, die Schwierigkeiten des Wohnbaues, die Unmöglichkeit, den Betriebsstätten nachzuziehen, machen es notwendig, daß die Allgemeinheit etwas beisteuert. Der Unternehmer hat ein gleiches Interesse daran, daß die Arbeiter in den Betrieb kommen, und daher muß man eben Steuerformen suchen und finden, um entsprechende Mittel zu erschließen, die den Stadtwerken, im besonderen hier den Verkehrsbetrieben, einen billigen Tarif gestatten. Es hat keinen Sinn, heute zu sagen, diese Anfragebeantwortung wird zur Kenntnis genommen. Es ist klar, Sie tragen sich mit der Absicht, die Tarife zu erhöhen, und dazu sagen wir nein.

GR. Sigmund (SPÖ) wirft die Frage auf, was den Anfrager wohl veranlaßt hat, diese Anfrage zu stellen, da er sich beim Amtsführenden Stadtrat, der seiner Partei angehört, hätte erkundigen können und im Ausschuß schon einige Male darüber gesprochen worden ist. (Vizebürgermeister Weinberger: Das ist keine sachliche Argumentation! Sie unterscheiden sich stark von Ihrem Vorredner Nathschläger! Soll die Öffentlichkeit nicht erfahren, was los ist, nur der Ausschuß?) Jetzt werde ich mich revanchieren: Die Ausführungen des Herrn Amtsführenden Stadtrates Nathschläger haben sich sachlich wohltuend von Ihrem Zwischenruf unterschieden. (Beifall bei der SPÖ.) Denn er hat darauf hingewiesen, welche Schwierigkeiten der Durchführung des Wunsches der Parteien entgegenstehen. Und ich halte ihn nicht für so leichtsinnig wie Sie, der Sie ihm jetzt in die Schuhe schieben, er hätte ungebührlich lange Zeit mit der Prüfungsvorarbeit dieser Frage gebraucht. (Vizebürgermeister Weinberger: Das ist Demagogie, Verdrehung, ich könnte es auch anders nennen!) Man könnte auf diesem Gebiet, auf dem Gebiet der Demagogie, von Ihnen, Herr Vizebürgermeister Weinberger, noch manches lernen!

Wir haben uns also im Ausschuß wiederholt mit den Gründen, die der Herr Amtsführende Stadtrat dargelegt hat, beschäftigt. Die Verhältnisse auf dem Verkehrssektor haben sich hinsichtlich der technischen Seite, aber auch durch die städtebauliche Entwicklung und die Entwicklung auf dem sozialen Sektor geändert, und man wird das Problem wahrscheinlich nicht nur von der

finanziellen Seite her lösen können.

Ich glaube, daß dieser Kreis zu groß ist und daß auch die Darlegungen des Herrn Stadtrates, daß die internsten Beratungen jetzt abgeschlossen sind, doch noch einer gewissen Klärung bedürfen. Denn er selbst berichtete im Ausschuß, daß zwischen seinen Vorschlägen und den Vorschlägen der verantwortlichen Beamten beachtliche Differenzen sind. Ich könnte mir nicht vorstellen, daß dem Haus etwa die Aufgabe gestellt wird, über zwei Vorschläge zu entscheiden, wo die beiden Vorschläge in sehr beachtlicher Weise voneinander abweichen. Ich glaube daher, daß zuerst einmal diese Differenzen ausgeglichen werden müßten. Und dann müßten wir uns im zuständigen Ausschuß jene Grundlagen zu verschaffen suchen, die uns einen gemeinsamen Antrag an den Gemeinderat ermöglichen. Erst wenn die Differenzen nicht zu bereinigen sind, soll, das ist ja in der Parteienvereinbarung vorgesehen, durch Beratungen der Parteienvertreter versucht werden, die politische Linie zu vertreten.

Wir Sozialisten sind durchaus der Meinung des Herrn Stadtrates, daß das Problem behandelt werden soll, und geben bereitwilligst die Erklärung ab, daß wir an diesen Beratungen, ganz gleich zu welcher Hitzezeit sie stattfinden und wie lange sie auch dauern sollten, jederzeit mitwirken werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Damit sind die Beratungen beendet.

Bürgermeister Jonas ergreift anlässlich der Beendigung der Arbeiten das Wort zu einer kurzen Ansprache an den Gemeinderat, in der er ausführt: "Högen Sö, geschätzte Frauen und Männer des Gemeinderates, diese kurze Pause zur Entspannung und Erholung nützen. Sollten sich während der Ferien irgendwelche Verfügungen als unvorzüglich erweisen, so werden sie durch den Stadtsonat, bzw. durch mich als den Bürgermeister, selbstverständlich gegen nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat, getroffen werden."

Rundfahrt "Neues Wien"

=====

13. Juli (RK) Sonntag, 15. Juli, Route V mit Besichtigung verschiedener städtischer Einrichtungen, Garten- und Wohnhausanlagen im 2. und 21. Bezirk sowie des Strandbades "Gänsehäufel" und des Kindergartens im Rosenpark.

Abfahrt vom Neuen Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 9 Uhr.

- - -

Pferdemarkt vom 12. Juli

=====

13. Juli (RK) Inland kein Auftrieb. Auslandschlachthof Wien: 110 Stück aus Bulgarien. Preise 6.30 bis 6.60 S.

- - -